



Beschlussvorlage

TOP:
Vorlagen-Nummer: **V/2012/10469**
Datum: 15.02.2012
Bezug-Nummer.
PSP-Element/ Sachkonto: 54311400
Verfasser: Hauptamt
Plandatum:

Beratungsfolge	Termin	Status
Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften	13.03.2012	öffentlich Entscheidung

Betreff: Untersetzung der Mittelreduzierung Produkt 1.1109

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften bestätigt den Einsparbetrag bei den Mitteln für E-Government in Höhe von 567.000 Euro im Haushaltsjahr 2012.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.1109 - 567.000 EUR

Egbert Geier
Bürgermeister

Begründung:

Vorschlag zur Mittelreduzierung – Umsetzung im Entwurf Teilergebnisplan Amt 10, Planversion E22

Mittel für E-Government

Zuschuss in EUR Plan 2012	Vorschlag zur Absenkung	Präzisierte Vorschlag nach Prüfung	Reduzierung auf Produkt	Bemerkung
1.044.588 (mit PK des Ressorts 10.1)	600.000	567.000	1.11109	Mindestbedarf für Arbeitsfähigkeit (laufende Unterhaltungskosten, Personalkosten); es werden keine Aufgaben/Projekte für Verbesserungen umgesetzt (siehe Tabelle im Anhang)

E-Government leistet einen zentralen Beitrag zur Verwaltungsmodernisierung, Bürgerorientierung, Prozessoptimierung und damit letztendlich auch zur Haushaltskonsolidierung. Kürzungen in diesem Bereich sind deshalb schmerzlich.

Angesichts des Haushaltsdrucks wird gleichwohl ein finanzieller Eingriff in diesem Bereich als unabdingbar betrachtet.

Der ursprüngliche Verwaltungsvorschlag ist nach tiefgründiger Prüfung präzisiert und in seinen Auswirkungen in der Anlage dargestellt worden.

Anlagen:

Untersetzung der Auswirkungen der Kürzung für E-Government